

Mit einem "major bottleneck" der Reform befaßt sich auch der vierte Aufsatz ("Efficiency Wages and Enterprise Behaviour"). Für die Löhne kann der Autor ebenfalls darauf verweisen, daß das "alte" System nicht unflexibel war, ehe er die verschiedenen Reformvorschläge auflistet. Die Grenzen der Verknüpfung von Lohn und betrieblicher Effizienz arbeitet er verständlich heraus, vor allem die Problematik der Effizienzindikatoren. Es ist daher nicht überraschend, daß die Mehrheit der Staatsbetriebe nach der Lohnreform von 1985 die alte Lohnstruktur beibehielt, wenn auch in modifizierter Form (67).

Das entscheidende Problem der Lohnreform sieht Korzec - und er zieht hier, wie in den übrigen Aufsätzen, Parallelen zu anderen (ehemals) sozialistischen Ländern - in der fehlenden Selbständigkeit der Betriebe. Diese radikale Alternative sei u.a. nicht möglich, da die bemerkenswerten Erfolge des städtischen China (Steigerung des Lebensstandards, Vollbeschäftigung) im Rahmen der staatlichen Verwaltungswirtschaft errungen wurden und eine "sozialistische Arbeiterklasse" geschaffen haben, die eine Änderung kaum akzeptieren wird (73 f.).

Korzec schließt seine Ausführungen zur Lohnreform, Schumpeter paraphrasierend, mit dem Satz, daß der Kommunismus somit dank seiner Erfolge und seiner Fehler untergehen wird (74). Er schlägt damit den Bogen zu seiner Einleitung, in der er diesen Untergang bereits kategorisch ankündigte. Sein Ziel war, zu erklären, wie die Reformen des Arbeits- und Lohnsystems scheiterten, und damit zur Erklärung des unvermeidlichen Untergangs beizutragen (1). Nach dieser "Erklärung" allerdings sucht man in dem ansonsten interessanten und lesenswerten Buch vergeblich. Vielmehr verweisen die Ergänzungen, die er seinen Aufsätzen anfügte, auf die Einleitung: "If, as was said in the introduction to this book, communism cannot be reformed according to this or any other vision, the labour contracts system is simply part of the history of the failure of reforms in the People's Republic of China in the 1980s and, as such, a minor part of the epilogue to the history of communist states and economics" (53).

Günter Schucher

**Barbara Krug: Chinas Weg zur Marktwirtschaft. Eine politisch-ökonomische Analyse der Wirtschaftstransformation 1978-1988**

Marburg: Metropolis-Verlag, 1993, 331 S.

Es mag Leser/innen dieses Buches geben, die nach der Lektüre des Vorwortes die weiteren Ausführungen Barbara Krugs an den von ihr selbst geweckten Erwartungen messen. Dies wäre sicherlich falsch, denn dann erschiene manchen die Leistung der Autorin geringer, als sie tatsächlich ist. Das von Barbara Krug vorgelegte Buch ist ohne Zweifel eine der wichtigsten und umfassendsten Analysen des ökonomischen Systemwandels der Ära Deng Xiaoping, die international bislang vorgelegt worden ist. Ob es sich auch um eine besonders erfolgreiche Anwendung ökonomischer Ansätze auf den institutionellen Wandel im allgemeinen und die Transformation sozialistischer Wirtschaftssysteme im besonderen handelt, wie die Autorin im Vorwort selbstbewußt proklamiert, soll diese Besprechung festzustellen versuchen.

Krug Grundannahme besteht darin, daß der chinesische Systemwandel mit Hilfe des "neoklassischen Institutionalismus" am besten zu erklären ist - wobei dieser Terminus sicherlich besser geeignet ist als der Begriff "ökonomische Theorie der Politik", den die Autorin selbst im zweiten Kapitel zur Kennzeichnung ihrer Methode anwendet. Dieser Begriff bezieht sich nämlich auf einen engeren Gegenstandsbereich bei der Anwendung ökonomischer Ansätze außerhalb von Marktkontexten und wird dann im vierten Kapitel auch - inkonsequent - in diesem Sinne verwendet, nämlich für die ökonomische Analyse des Verhaltens der "chinesischen Regierung". Die hier vollzogene Kennzeichnung ihrer Methode als "neoklassischer Institutionalismus" bezieht sich auf Grundannahmen wie das *homo oeconomicus*-Modell (rationale Maximierung subjektiver Nutzen unter Beschränkungen), die Anwendung modellmäßiger Überlegungen nach dem Marginalkalkül und die explizite Berücksichtigung von Institutionen als Handlungsbeschränkungen bzw. Anreizsysteme, wobei die entscheidende Fragestellung ist, wie Institutionen sich durch Wahlhandlungen rationaler Individuen verändern (S.31 ff.). In dieser Form ist die gewählte Methode auch unter der Bezeichnung "Neue Institutionenökonomik" vertraut. Krug nimmt immer wieder ausdrücklich auf diese Grundannahmen Bezug und grenzt sie gegenüber anderen Ansätzen ab. Bei dieser Abgrenzung mögen besonders erwähnenswert sein: die Ablehnung soziologischer und kulturwissenschaftlicher Erklärungsmodelle, die auf Normen Bezug nehmen, um ökonomische und politische Phänomene in China zu erklären, und die Ablehnung solcher politikwissenschaftlicher Ansätze, in denen Personen bzw. Personengruppen und Gruppenkonflikte ebenso eine große Rolle spielen wie die Weltanschauungen, denen diese Personen anhängen (z.B. S.22 ff., 52 ff.).

Krug analysiert wesentliche Bereiche der chinesischen Entwicklung unter Verwendung verschiedener Spielarten des neoklassischen Institutionalismus, nämlich

- den Übergang zur Reformpolitik im Jahre 1978 mit Hilfe der ökonomischen Theorie der Verfassung (von ihr als "Konstitutionenökonomik" bezeichnet, 3. Kapitel),
- die Schwankungen der Wirtschaftspolitik mit Hilfe der ökonomischen Theorie der Politik (4. Kapitel),
- das Verhalten der staatlichen Bürokratie während der Transformation mit Hilfe der ökonomischen Bürokratietheorie (5. Kapitel),
- das Verhalten der Manager in Staatsbetrieben mit Hilfe der neoklassischen Produktionstheorie und der Transaktionskostenökonomik (6. Kapitel)
- und schließlich das Verhalten der privaten Akteure mit Hilfe der Haushaltsökonomik bzw. der ökonomischen Theorie der Familie (7. Kapitel).

Das achte Kapitel zieht dann die Fäden der Argumentation nochmals zusammen. Die Analyse dieser verschiedenen Gegenstände geht auf entsprechende, zum Teil bereits publizierte Forschungen der Autorin während der letzten Jahre zurück. Insgesamt muß es als ihre wesentliche Leistung erachtet werden, daß ein komplexes Bild der chinesischen Systemtransformation entsteht, bei der das Makrophänomen "Systemwandel" auf zielgerichtete Handlungen der eigentlichen Akteure reduziert und damit im strengen Sinne erst erklärt wird. Dazu stützt sich die Autorin auf eine detaillierte Kenntnis der verschiedenen Gegenstandsbe-

reiche und legt eine Fülle von interessanten Fallanalysen vor, um konkret zu zeigen, wie sich durch eigeninteressierte Handlungen bestimmter Akteure Beschränkungen entweder für diese oder andere Akteure verändern und wie diese neuen Handlungsanreize Verhaltensänderungen nach sich ziehen, die wiederum erneut Veränderungen von Beschränkungen anstoßen (z.B. S.287). Wollte man aus den Analysen also tatsächlich Rückschlüsse für den Systemwandel in anderen postsozialistischen Gesellschaften ziehen, dann betrifft dies sicherlich die Unmöglichkeit von "topdown"-Strategien, die genau daran leiden, daß die vielfältigen Reaktionen verschiedener Individuen in verschiedenen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft nicht berücksichtigt werden (S.18).

Hier ist selbstverständlich kein Raum, die einzelnen Argumente und Analysen Krugs zu betrachten. Ich möchte mich auf zwei Fragen konzentrieren, nämlich erstens, ob der Erklärungsanspruch der Autorin selbst erfüllt wird, und zweitens, ob das sich ergebende Bild der chinesischen Transformation vollständig im Sinne einer Erfassung ihrer wesentlichen Determinanten ist.

Vor allem Nicht-Ökonomen werden über längere Strecken durch die Versuche Krugs ermüdet werden, sämtliche empirischen Phänomene in die "Rhetorik der Ökonomen" zu fassen. Dies ist besonders gut im 6. Kapitel gelungen, das die Welt der chinesischen "Verhandlungswirtschaft" im Staatssektor umfassend analysiert und theoretisch verallgemeinerte Erkenntnisse über das Verhalten chinesischer Manager gewinnt. Vor allem werden die verschiedenen Effekte der veränderten institutionellen Beschränkungen auf das Wirtschaftswachstum analysiert und auf diese Weise differenzierte Einsichten in den Wachstumsmechanismus gewonnen, etwa hinsichtlich der produktionsstimulierenden Wirkung einer Zunahme der Nachfrage im sog. "Doppelgleispreissystem", aber des Fehlens einer dämpfenden Wirkung von Nachfragerückgängen durch das "Zurückkriechen" von Staatsunternehmen in den Plansektor, wo Güterhortung und Mangelwirtschaft regieren (S.217 ff.).

Im Gegensatz hierzu gibt es ökonomisch-rhetorische Passagen, die eher zwanghaft anmuten. Dies gilt vor allem für die Anwendung der ökonomischen Theorie der Verfassung. Beispielsweise erscheint es doch als zu weit gehende Stilisierung der Fakten, die Reformentscheidung von 1978 als eine Entscheidung "unter dem Schleier des Unwissens" darzustellen, also anzunehmen, daß die Entscheidenden keine Informationen über ihre spätere Position besessen haben (S.62 ff.). Der "Schleier des Unwissens" ist eine Konstruktion der theoretisch-normativen Theorie der Verfassung, die nirgendwo je existiert haben dürfte, denn ex-post Irrtümer über die tatsächliche spätere Position müssen formal deutlich von objektiv wie subjektiv geltendem Unwissen unterschieden werden. Hier fragt sich doch, ob die direkte Übertragung ökonomischer Ansätze tatsächlich einen Erkenntnisfortschritt gegenüber politikwissenschaftlichen Untersuchungen bringt, die stärkeres Gewicht auf die Legitimationskrise der Partei nach der Kulturrevolution (und zwar auf allen Ebenen) und die - an anderer Stelle (z.B. S.64,112,117) auch von Krug betonten - Erfahrungen verschiedener politischer Gruppierungen nach 1949 legen. Diese Erfahrungen wurden von den Protagonisten der Reform sicherlich nicht nur "allokationspolitisch", sondern auch "verteilungspolitisch" interpretiert, d.h., es wurden Erwartungen dahingehend gebildet, daß die Reformen die Machtposition der Partei erneut stabilisieren würden, bei gleichzeitiger Partizipation an der erhofften Wohlstandszunahme. Außerdem erscheint angesichts der Tatsache, daß es politische wie konzept-

tionelle Vorreiter der Wirtschaftsreformen bereits in den fünfziger Jahren gab, eine Vernachlässigung weltanschaulicher Faktoren unbefriedigend.

Nun zeigt sich freilich immer wieder, daß Krug bei der tatsächlichen Analyse gar nicht dem radikalen *homo oeconomicus*-Modell folgt, das programmatisch proklamiert wird. Dies wird besonders bei der Analyse der Renaissance der Familie in der chinesischen Wirtschaft deutlich.

Auf der einen Seite versucht Krug, die konkrete Struktur und Organisation der chinesischen Familie ausschließlich als Ausfluß rationaler Entscheidungen insbesondere des Patriarchen zu interpretieren, der auf Veränderungen relativer Opportunitätskosten von Handlungsalternativen reagiert, und möchte auf diese Weise normative Verhaltensgründe ausschließen (S.241 ff.). Auf der anderen Seite tritt aber im selben Kapitel das "guanxi-System" als ein "Marktsubstitut" in den Vordergrund, das sogar explizit als "starke soziale Norm" bezeichnet wird (S.295). Der Leser kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß hier unterschiedliche Zeitschichten der Arbeit zu Tage treten und die Betonung des "guanxi-Systems" bereits auf die eigene Erfahrung mit den Grenzen eines "radikal-ökonomischen" Ansatzes zurückgeht. Jedenfalls werden "guanxi-Systeme" von Krug eindeutig als kulturelle Phänomene identifiziert, die nicht mehr der ökonomischen Analyse zugänglich sind (S.267) und deren Existenz und Struktur tatsächlich auch nicht von Krug ökonomisch erklärt werden. Angesichts des Gewichtes, den diese Systeme (hier durchaus im Sinne etwa des von Hamilton geprägten, soziologischen Begriffs des "guanxi-Kapitalismus") im abschließenden Teil des Buches erhalten, stellt sich ganz natürlich die Frage, ob sie dann nicht nur für das siebte Kapitel, sondern etwa auch für die Analyse der Politik im engeren Sinne bedeutsam wären - was schnurstracks auf die Überlegungen der "politischen Kulturforschung" zurückführen würde (Pye und andere) und damit genau zu jenen Ansätzen, die Krug eigentlich durch den ökonomischen Ansatz verdrängt sehen möchte.

Der Rezensent kann einer solcher Analyse von "guanxi-Systemen" zwar nur zustimmen, doch ist dieser Bruch in der Argumentation des "neoklassischen Institutionalismus" zumindestens nicht explizit intendiert, also werkimmanent inkonsistent, wiewohl das tatsächliche Ergebnis der Analyse richtig sein dürfte. Solche Konsistenzprobleme des neoklassischen Institutionalismus ließen sich detaillierter auch anhand anderer Stellen belegen. Beispielsweise steht die ökonomische Analyse des Entscheidungsverhaltens chinesischer Familienmitglieder sicher nicht in Widerspruch mit der Annahme einer kulturellen Determiniertheit bestimmter fundamentaler Strukturen, die nur langsam veränderbare Verhaltensrestriktionen darstellen - wie im Fall der von Krug selbst zitierten Abwesenheit der Primogenitur in China (S.242). Angesichts des "Ökonomismus" der traditionellen chinesischen Kultur mag man ohnehin von einem "Indeterminiertheitsproblem" der verschiedenen Theorien sprechen, das erst dann gelöst wird, wenn beim Vergleich zwischen Kulturen deutlich wird, daß gerade die wirtschaftliche Flexibilität der chinesischen Familienorganisation ihrerseits als ein kulturspezifisches Phänomen betrachtet werden sollte.

Damit möchte ich die erste Frage an unseren Text so beantworten, daß die in vielen Fällen durchaus erfolgreiche Analyse leider - im Sinne der Autorin, nicht des Rezensenten - nicht die umfassende Erklärungskraft des *homo oeconomicus*-Modells belegt, sondern des Modells eines *homo socio-oeconomicus*, dessen Verhalten sich an rationalen Individualentscheidungen und an Normen orien-

tiert. Das entspricht zwar durchaus dem jüngsten Stand der Metamorphosen des "Wirtschaftsmenschen" (im deutschen Sprachraum etwa entwickelt von Weise oder Kliemt), wird jedoch von der Autorin unzureichend herausgearbeitet.

Wenden wir uns der Frage zu, ob das vorgestellte Bild der chinesischen Reformen ausreichend für eine Erklärung des Systemwandels ist. Abgesehen davon, daß die durch die Hintertür wieder hereingetretenen Normen natürlich in anderen Kapiteln durch Abwesenheit glänzen, bergen die vorgelegten, häufig erfolgreichen Erklärungsmodelle die Gefahr in sich, wegen der starken Betonung der Akteure und ihrer rationalen Entscheidungen einerseits und der gewählten thematischen Aufgliederung andererseits bestimmte Fragestellungen auszublenden, die entweder im Bereich der Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Gegenständen oder im Bereich bestimmter struktureller Determinanten der Transformation anzusiedeln sind. Beispielsweise hätte das anspruchsvolle Unterfangen, den neuen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundkonsens der Ära Deng zu erklären, sich keinesfalls nur auf die Entscheidungen der Parteispitze konzentrieren dürfen. Gerade mit dem analytischen Konstrukt einer "impliziten Verfassung" wäre es möglich gewesen, die Fülle der Interessenlagen auf lokaler Ebene, und das heißt der Konsensfindung und Konfliktaustragung zwischen Bürokratie und der Bevölkerung, hinsichtlich ihrer Wirkungen zu erfassen. Da in westlichen Darstellungen häufig die "Spontaneität" insbesondere der Agrarreform "von unten" betont wird, hätte gerade der "Verfassungswechsel" auf die direkte und indirekte Interaktion zwischen Regierung, Bürokratie und Bevölkerung bezogen werden müssen. Dies hätte freilich eine einfache Anwendung der ökonomischen Methode sehr erschwert.

Aus heutiger Sicht ist jedoch die Ausblendung der Wechselwirkung zwischen Institutionen, strukturellen Faktoren und dem ausgeprägten Regionalismus der chinesischen Transformation als analytische Unterlassungssünde zu betrachten. Dies um so mehr, als gerade für die ökonomische Analyse der Politik die fiskalischen Entwicklungen, die aus der gegebenen Fragmentierung des politischen Systems resultierten, ein herausragendes Thema hätten sein müssen (im Buch nur im Kontext von Fallbeispielen, S.113 ff., und marginal, S.162 f. u. 180 ff., berührt). Gemeinsam mit der regionalistischen Außenwirtschaftsstrategie der KP sind hier wesentliche Determinanten des spezifischen Transformationsverlaufes zu sehen. Sie bleiben in Krugs Analyse vor allem deshalb am Rande oder gänzlich ausgeblendet, weil die ökonomische Methode als Verhaltenstheorie immer wieder dazu zwingt, "Akteurklassen" abstrakt abzugrenzen ("die Bürokraten", "die Regierung", "die Manager" usw.), um die Fülle des empirischen Materials in den Griff zu bekommen. Lokale und regionale Unterschiede, seien sie strukturell oder institutionell bedingt, bleiben dann aber unterbelichtet, selbst wenn sie modellimmanent als Unterschiede zwischen Beschränkungen der Mitglieder derselben Akteurklasse aufgefaßt werden könnten. So bleiben dann Phänomene wie der Aufstieg der ländlichen Industrie oder die Genese des "südchinesischen Wirtschaftskreises" zu wenig diskutiert, obgleich sie gerade durch ihren regionalen Charakter eine wesentliche Rolle für den Wandel des Gesamtsystems erhalten.

Diese Beobachtung wirft die prinzipielle methodologische Frage auf, ob die aufgezeigte Inkonsistenz bei der Anwendung des ökonomischen Ansatzes nicht auf einer grundsätzlicheren Ebene angesiedelt ist, nämlich derjenigen des Wissenschaftsverständnisses schlechthin. Wie der amerikanische Sinologe und Philo-

soph Daniel Little betont hat, zwingt die Beschäftigung mit China auch zur Anpassung methodologischer Grundhaltungen, und zwar im Sinne der Hinwendung zu genuin "lokalistischen" Theorien. Das bedeutet etwa, daß derart allgemeine Akteurklassen, wie von Krug konstruiert, nicht mehr Anwendung finden sollten. Solche "lokalistischen" Theorien könnten auch als "evolutorische" bezeichnet werden. In der Tat war Barbara Krug sehr erfolgreich bei der Beschreibung und Systematisierung eines komplexen evolutorischen Prozesses, nämlich der chinesischen Systemtransformation. Den Übergang zu einer evolutorischen Theorie hat sie aber nicht vollzogen. Es ist ihr Verdienst, auf diese Weise das Erfordernis vertiefter methodologischer Reflexion in der Chinakunde aufgezeigt zu haben - vielleicht als unbeabsichtigte Nebenwirkung ihres eigenen theoretischen Handelns.

Carsten Herrmann-Pillath

**Gerd Wäadow: T'ien-fei hsien-sheng lu. "Die Aufzeichnungen von der manifesten Heiligkeit der Himmelsprinzessin". Einleitung, Übersetzung, Kommentar**  
Sankt Augustin: Steyler Verlag, 1992 (Monumenta Serica Monograph Series; XXIX), 374 S.

Die vorliegende Monographie ist die überarbeitete Dissertation G. Wädows, die 1991 der Philosophischen Fakultät der Universität zu Bonn vorgelegt wurde.

Der Autor behandelt wesentlich die religions- und kulturgeschichtlich wichtige Wirkungsgeschichte des Kults um die "Himmelsprinzessin", besser bekannt als Ma-tsu. Die Legende verbindet die Erscheinung dieser Gottheit mit der Geschichte eines Mädchens namens Lin Mo-niang aus Fukien. Zu Lebzeiten habe sie bereits Wunder vollbracht. Nach ihrem frühen Tod machte sie die Bevölkerung weiterhin durch Wundertaten auf sich aufmerksam, war sie doch schon zuvor verehrt worden. Sie avancierte zu einer Schutzgottheit für Fischer, Kaufleute und seefahrendes Volk. Der Kult fand in den südlichen Küstenregionen starken Zuspruch und ist dort, inklusive Taiwan, bis heute höchst lebendig. Historisch gesehen reicht die Bedeutung dieses Kults über den regionalen und volksreligiösen Bereich hinaus, indem ihn der chinesische Staat, speziell im Zeitraum vom 12. bis 17. Jahrhundert, in den Staatskult integrierte und somit instrumentalisierte.

Die Vielseitigkeit der Themen, die generell mit der religiösen, regionalen und nationalen Wirkungsgeschichte derartiger Kulte in China gegeben ist, wird am Kult um T'ien-fei/Ma-tsu hervorragend deutlich. Eine Beschäftigung mit Themen dieser Kategorie erbringt immer auch neue Schlüssel zu realen Bereichen der Gegenwartskultur der chinesischen Ökumene, an der wir wissenschaftlich teilhaben können - wenn wir dies nur wollten. Ein Blick in G. Wädows ausführliche Bibliographie (S.348-363) zeigt, daß dies zu erkennen bisher wohl weitgehend Privileg der angelsächsischen Sinologie war, abgesehen von den zahlreichen asiatischen Studien, speziell zum Thema "Ma-tsu". Dennoch scheint mir zweifelsfrei die vorzügliche Arbeit von B. Wiethoff ("Der staatliche Ma-tsu Kult", *ZDMG*, 116 (1966) 2, S.311-357) für unseren Autor gewissermaßen im Vorfeld richtungweisende Positionen und Inhalte bereitgestellt zu haben.